

## Inhalt

I.	Ausgangslage .....	5
II.	Ausgestaltung der EU-Bankenabgabe.....	7
1.	Regelungsgrundlagen .....	7
2.	Wesentliche Regeln der Beitragsbemessung, -erhebung und -verwendung .....	9
a.	Der harmonisierte Regelungsrahmen der BRRD .....	9
aa.	Beitragsbemessung.....	9
bb.	Beitrags'erhebung.....	12
cc.	Beitragsverwendung.....	13
b.	Einheitliche Abwicklungsfinanzierung gemäß der SRM-VO... 13	
aa.	Beitragsbemessung.....	14
bb.	Beitrags'erhebung.....	17
cc.	Beitragsverwendung.....	18
III.	Kompetenzrechtliche Grundlagen.....	21
1.	BRRD und Begleitgesetzgebung.....	21
a.	Voraussetzungen von Art. 114 Abs. 1 AEUV .....	21
b.	Keine „Bestimmungen über Steuern“ (Art. 114 Abs. 2 AEUV) .....	23
c.	Begleitgesetzgebung .....	25
2.	SRM-VO und Begleitgesetzgebung .....	25
a.	Grundsätzlich gleicher Befund wie bei der BRRD.....	25
b.	Zulässige Teilharmonisierung .....	26
c.	Zulässige Ausgestaltung des Abwicklungsausschusses .....	27
aa.	Einrichtung einer EU-Agentur.....	27
bb.	Übertragung von Hoheitsbefugnissen.....	29
d.	Begleitgesetzgebung .....	32
3.	Übereinkommen .....	32
4.	Zwischenergebnis.....	35
IV.	Materielle Belastungsmaßstäbe und ihre Anwendung.....	37
1.	Anwendbarkeit allein der EU-rechtlichen Maßstäbe.....	37
2.	Keine ausdrücklichen, allgemeinen EU-rechtlichen Vorschriften zur inhaltlichen Ausgestaltung von Abgaben .....	38
a.	Einzelne binnenmarktbezogene Regelungen, insbesondere in Art. 30 und Art. 110 bis 113 AEUV .....	38
b.	Keine Vorgaben aus Art. 311 UAbs. 2 AEUV.....	38
3.	Ansatzpunkte in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zu nicht-steuerlichen Abgaben .....	39
a.	Rechtsprechung zu Entgelten, Gebühren und Beiträgen .....	40
b.	Rechtsprechung zu parafiskalischen Abgaben.....	40

4.	Der Maßstabgehalt des Art. 114 Abs. 2 AEUV: Wahrung hinreichender Distanz zur Steuer .....	43
a.	Gegenüberstellung des EU-rechtlichen Steuerbegriffs.....	43
b.	Distanzgebot im Fall einer auf Art. 114 Abs. 1 AEUV gestützten Harmonisierung .....	44
5.	Verletzung des aus Art. 114 Abs. 2 AEUV abzuleitenden Distanzgebots durch die EU-Bankenabgabe .....	45
a.	Grundsätzliche Einordnung der EU-Bankenabgabe als parafiskalische Abgabe.....	45
b.	Aufgabenferne Berechnung des Zielvolumens des Abwicklungsfonds – Übergriff in die Steuerkompetenz.....	46
c.	Problematische Weite und Zusammensetzung des Kreises der Beitragspflichtigen – Ausgestaltungsermessen des Unionsgesetzgebers .....	48
d.	Grundsätzlich sachgerechte Aufteilung der Finanzierungs- last unter den Beitragspflichtigen.....	49
e.	Zwischenergebnis .....	50
6.	Gewährleistungsgehalt der EU-Grundrechtecharta .....	50
a.	Unternehmerische Freiheit gemäß Art. 16 EUGRCh .....	51
aa.	Eingriff in Art. 16 EUGRCh.....	51
bb.	Rechtfertigungsprüfung unter Heranziehung der Dogmatik zu parafiskalischen Abgaben .....	52
b.	Eigentumsfreiheit gemäß Art. 17 EUGRCh .....	53
c.	Gleichheitsgrundrecht gemäß Art. 20 EUGRCh .....	54
d.	Zwischenergebnis .....	55
7.	Rechtsstaatlich erforderliche Vorhersehbarkeit der Höhe der jährlich abzuführenden Abgabe .....	55
a.	Der EU-rechtliche Grundsatz der rechtsstaatlichen Bestimmtheit .....	55
b.	Zur Vorhersehbarkeit der Höhe der jährlich abzufüh- renden Abgabe .....	56
8.	Unzulässige Beschränkung der Niederlassungsfreiheit gemäß Art. 49 AEUV während des Übergangszeitraums .....	57
a.	Niederlassungsfreiheit gemäß Art. 49 AEUV.....	57
b.	Die übergangsweise partielle Berechnung der Beiträge in Abhängigkeit von den Daten im einzelnen Mitgliedstaat – Eine unzulässige Beschränkung der Niederlassungsfreiheit .....	57
9.	Zwischenergebnis .....	58
V.	Verfahren und Rechtsschutz .....	59
VI.	Gesamtergebnis.....	61